



# HESSISCHER LANDTAG

29.11.2012

Dem  
Haushaltsausschuss  
überwiesen

## Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2013/2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 18/6515 zu Drucksache 18/5926

Inhalt des Antrags: **Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften**

Einzelplan **05 Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 03 Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften  
Buchungskreis: 2430

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften

	von	Veränderung um	auf
<b>Leistungsplan 2013:</b>			
<b>Beträge in 1.000 EUR</b>			
<b>Gesamtkosten</b>	100.351,3	+360,0	100.711,3
<b>Produktabgeltung</b>	99.909,7	+360,0	100.269,7

	von	Veränderung um	auf
<b>Leistungsplan 2014:</b>			
<b>Beträge in 1.000 EUR</b>			
<b>Gesamtkosten</b>	100.112,7	+360,0	100.472,7
<b>Produktabgeltung</b>	99.708,4	+360,0	100.068,4

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

### Begründung des Änderungsantrags:

Gerade im nichtstaatsanwaltlichen Bereich gilt es die Arbeitsfähigkeit der Strafverfolgungsbehörden zu erhalten. Deswegen ist der im Haushalt in den letzten Jahren vollzogene Stellenabbau wieder rückgängig zu machen. Dies wird erreicht durch die Erweiterung des Stellenplans um

- 3 Stellen Bes. Gr. A11 (Kennung 003) Justizamtmann/-amtfrau;
- 1 Stelle Bes. Gr. A 9 m.D. (Kennung 001) Amtsinspektor;
- 1 Stelle Bes. Gr. A7 (Kennung 003) Justizobersekretär.

Wiesbaden, 29.11.2012

Für die Fraktion der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende  
**Thorsten Schäfer-Gümbel**